

Niederschrift, ö

Gremium	Bezirkstag
Nummer	BezT/005/2025
Datum	Donnerstag, 11.12.2025
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:32 Uhr
Ende	12:51 Uhr

Anwesenheit

Vorsitzender

Schwarzenberger, Thomas

Mitglied CSU

Albat, Jan	
Balidemaj, Delija	
Bertl, Alexandra	
Burgmaier, Stephanie	
Dahms, Valentina	bis TOP 7 ö
Eggerl, Matthias	
Eichinger, Thomas	bis TOP 13 ö
Flössler, Fabian	
Funke, Annemarie	
Gotz, Max	
Hausberger, Claudia	
Heimisch, Alexander	
Hobmeier, Karin	
Hofmann, Christina	
Keßler, Martina	
Kriegl, Gisela	
Kuhn, Barbara	
Loferer, Marianne	
Off-Nesselhauf, Gabriele	ab TOP 2 ö
Schelle, Stefan	
Schindlmayr, Simon	
Schwab, Harald	
Steinberger, Friederike	
Straßer, Max	
von Löwis of Menar, Olaf	
Wetzelsperger, Georg	

Mitglied Bündnis 90/Die Grünen

Bock, Sabine
 Düdder, Kathrin
 Eberl, Ottilie
 Goldstein, Ulrike
 Huber, Christian
 Kolic, Dardan
 Neubauer, Martina

Schwaiblmair, Frauke, Dr.
Siebler, Joachim
Stüber, Eckart, Dr.
Sturm, Erika
Vilgertshofer, Florina
Voßeler, Andreas
Wagner, Martin

bis TOP 12 ö
bis TOP 2 ö

Mitglied FW

Bayer, Ludwig
Dirl, Sonja
Droth, Susanne
Grasser, Maria
Haindl, Jürgen
Heigl, Marianne
Hofer, Sepp
Schanderl, Michael, Dr.
Schneider, Rainer
Specker, Konrad
Stein, Barbara
Zeiningner, Christian

bis TOP 7 ö
bis TOP 14 ö

Mitglied AfD

Demmel, Christian
Erhardt, Tassilo, Dr.
Federl, Alois
Kohlberger, Andreas
Musil, Thomas
Schulz, Manuela
Wächtler, Dirk
Wieser, Martin

Mitglied SPD

Asam, Michael
Bonigut, Matthias
Hofmann, Irmgard
Hörl, Christina
Mickel, Andrea
Schachtl, Johanna

Mitglied FDP

Baudissin-Schmidt, Barbara Gräfin
von
Münster, Peter
Wunderlich, Claus, Dr.

Mitglied Die Linke

Weber, Klaus, Prof. Dr.

Mitglied BP

Dorn, Hubert

Mitglied ÖDP

Huber, Andreas
Keil, Max

Mitglied Die PARTEI
Skerlec, Oliver

Mitglied Tierschutzpartei
Wittmann, Susanne, Dr.

Mitglied dieBasis
Galic, Peggy

Mitglied Volt
Nibbe, Jochen

Verwaltung
Bertenbreiter, Benedikt
Bruckmann, Wolfgang, Dr.
Büllesbach, Susanne
Cifci, Arzu
Geismar, Heike
Getzlaff, Stefan
Giffthaler, Gunnar
Gleich, Anna Lena
Gräbsch, Dorit
Hamann, Tim
Keß, Bettina, Dr.
Kögel, Isabelle
Maja, Renate
Neudorfer, Timo
Nieder, Barbara, Dr.
Pellengahr, Astrid, Dr.
Singer, Markus
Soutschek, Lucciano
Wanke, Julia
Wenzig, Ulrike

Gäste
Borrmann-Hassenbach, Margitta,
Dr.
Schempp, Jürgen

Weitere Anwesende
Schober, Konrad, Dr.

Protokollführerin
Heilbrunner, Karin

Entschuldigt

Mitglied CSU	
Hainz, Birgit	entschuldigt

Mitglied FW	
Speer, Anton	entschuldigt

Mitglied SPD	
Hügenell, Helga	entschuldigt

Fraktionslos

Lehrer, Raphael

entschuldigt

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Haushaltssatzung 2026 und Haushaltsplan mit Anlagen
TOP 3	Besetzung des Ausschusses für Kultur, Schulen und Museen
TOP 4	Anpassung der Entschädigung für den Bezirkstagspräsidenten ab dem 01.05.2026
TOP 5	Antrag der Ausschussgemeinschaft LiVolParTie vom 19.09.2025: 3. Stellvertretung
TOP 6	Antrag 13 der Ausschussgemeinschaft LiVolParTie vom 20.09.2025: Rechenschaftslegung
TOP 7	Antrag 15 der Ausschussgemeinschaft LiVolParTie vom 28.09.2025: Entschädigungssatzung
TOP 8	Antrag der Ausschussgemeinschaft ÖDP/Bayernpartei/ dieBasis - "Arbeitsgemeinschaft präventive Maßnahmen und deren Einrichtungen"
TOP 9	Museumsforum Dachau und Zweckverband Dachauer Galerien und Museen: Nicht-Weiterverfolgung des Museumskonzepts und Austritt aus dem Zweckverband
TOP 10	Johann-Nepomuk-von-Kurz-Zentrum Ingolstadt - Änderung der Satzung für die heilpädagogische Tagesstätte
TOP 11	Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen, Geschäftsjahr 2024
TOP 12	Bericht über den Inklusionsbeirat des Bezirks Oberbayern
TOP 13	Vorstellung des Kurzkonzepts "Initiative für Arbeit"
TOP 14	Vorstellung des Umsetzungsberichts zum Aktionsplan des Bezirks Oberbayern
TOP 15	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger eröffnet um 09:32 Uhr die öffentliche Sitzung des Bezirkstags, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Bezirkstags fest.

Regierungspräsident Dr. Konrad Schober begrüßt alle Anwesenden und bedankt sich für die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Er spricht ein Grußwort und bedauert, aus terminlichen Gründen nicht bis zum Ende der Sitzung bleiben zu können.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen	Ja 76 Nein 1
-------------------	-------------------	------------------------

TOP 2 Haushaltssatzung 2026 und Haushaltsplan mit Anlagen

Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger bedankt sich bei der Kämmerei für die Vorbereitung des Haushaltes und dessen Vorstellung in den Fraktionen.

Haushaltsrede Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger -es gilt das gesprochene Wort-

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrte Damen und Herren,
das Jahr 2025 – und auch der Blick auf das Jahr 2026 – haben uns deutlich vor Augen geführt, wie herausfordernd kommunale Finanzpolitik derzeit ist. Viele Anforderungen waren zu bewältigen, viele Probleme gemeinsam zu lösen.
Deshalb möchte ich zu Beginn etwas tun, das mir persönlich besonders wichtig ist: Ich möchte mich bedanken.

Ich danke allen, die sich konstruktiv an den Diskussionen und Lösungsfindungen beteiligt haben – den Vertreterinnen und Vertretern der Sozialverbände, den Trägern der Einrichtungen, den Betroffenenvertretungen, den Vertreterinnen und Vertretern der Selbsthilfe sowie allen Kolleginnen und Kollegen in der Politik und Verwaltung.

Wir haben in Oberbayern eine Gesprächskultur entwickelt, die von Sachlichkeit, Respekt und echter Zusammenarbeit geprägt ist – ob mit der ARGE Freie der Wohlfahrtsverbände, in Gesprächen mit einzelnen Trägern oder im Dialogforum mit Betroffenen oder mit Vertretern der Selbsthilfe. Danke für die vielen Gespräche auf Augenhöhe, für Offenheit, für das Vertrauen und das gemeinsame Ringen um tragfähige Lösungen.
Auch im Bezirkstag haben wir uns überwiegend auf die Sache konzentriert und uns weitestgehend um unsere Aufgaben gekümmert. Danke an die Bezirksrätinnen und Bezirksräte, an die Fraktionen für den intensiven Austausch im ganzen Jahr 2025.

Eine der zentralen Herausforderungen dieses Jahres war – und ist – der Haushalt 2026. Wir haben uns ihm bewusst früh gewidmet. Denn wir stehen zwischen zwei Polen:
Auf der einen Seite die Umlagezahler – unsere Landkreise und kreisfreien Städte –, die wir nicht überfordern dürfen.
Auf der anderen Seite unser gesetzlicher Auftrag, den Menschen in Oberbayern die Leistungen bereitzustellen, die sie brauchen, auf die sie Anspruch haben.
Dieses Spannungsfeld prägt unsere Arbeit. Es prägt unsere Entscheidungen. Und es prägt diesen Haushalt.

Der enorme Kostenanstieg im Sozialbereich setzt sich ungebremsst fort. Bereits im Haushaltsvollzug 2025 mussten wir 85 Millionen Euro Mehrausgaben bewältigen. Und dass, obwohl wir im diesjährigen Haushalt den Ansatz im Bereich Soziales schon um 150 Millionen Euro erhöht hatten. Knapp 30 Millionen Euro, genauer gesagt 29,4 Mio € davon können wir über die Entnahme der gesetzlichen Mindestrücklage ausgleichen – rund 50 Millionen Euro jedoch müssen 2027 finanziert werden.

Und für den Haushalt 2026 müssen wir zusätzlich, nochmals über 170 Millionen Euro Mehrkosten allein im Sozialetat einplanen.

Doch damit erfassen wir nur einen Teil der Entwicklung. Der Gesamtblick zeigt das ganze Ausmaß:

Schauen wir auf die Kosten- und Fallzahldynamik der Jahre 2022 bis 2026. Allein die Eingliederungshilfe steigt in diesem Zeitraum um 572 Millionen Euro – ein Wachstum historischen Ausmaßes, keine lineare Entwicklung und erst recht kein Ausreißer.

Die Fallzahlen in der Eingliederungshilfe steigen in diesen fünf Haushaltsjahren von 51.000 auf 63.300 – also um mehr als 12.000 Menschen an, die Unterstützung benötigen.

Die Ausgaben für Pflege steigen im gleichen Zeitraum um 112 Millionen Euro. Fallzahlen Tendenz steigend!

Die Ausgaben im gesamten Einzelplan 4, im Bereich Soziales, wachsen innerhalb von fünf Jahren um 845 Millionen Euro, was einem Plus von 46 Prozent entspricht. 845 Millionen Euro nur in Oberbayern!

Diese Zahlen machen deutlich:

Das kann die kommunale Familie in dieser Form nicht allein tragen. Wir stehen hier vor einer strukturellen Herausforderung, die neue Finanzierungsmodelle und politische Reformen zwingend erforderlich macht.

Der Haushaltsentwurf sieht einen Hebesatz von 24,7 Prozentpunkten vor – eine Erhöhung um 1,15 Punkte.

Diese Erhöhung wäre ohne den stark angehobenen Finanzausgleich des Freistaats Bayern ungleich höher ausgefallen. Bayernweit wurde dieser Topf um 480 Millionen Euro erhöht – für Oberbayern bedeutet das ein Plus von 170 Millionen Euro. Ohne diese Mittel hätten wir den Hebesatz um 2,8 Prozentpunkte anheben müssen – eine untragbare Belastung für unsere Umlagezahler.

Auch dafür möchte ich ausdrücklich danken:

Dem Freistaat Bayern, Herrn Ministerpräsident Dr. Söder und Herrn Finanzminister Füracker! Die Lage der Kommunen wurde erkannt und das zusätzliche Geld über den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellt.

Und ich möchte den Landrätinnen und Landräten und den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern danken. Danken einmal für die konstruktiven Gespräche. Aber auch ein herzliches Vergelt's Gott für den Zusammenhalt und das gemeinsame Auftreten von Gemeinden, Landkreisen und Bezirk in Oberbayern.

Stellvertretend danke ich Herrn Landrat Thomas Eichinger und Bürgermeister Stefan Schelle, beide sind Bezirksräte, aber auch die Sprecher der oberbayerischen Landräte und Bürgermeister. Das gemeinsame Schreiben an Herrn Ministerpräsidenten und der gemeinsame Termin in der Staatskanzlei hat Wirkung gezeigt.

Mit diesen zusätzlichen Mitteln in den FAG-15-Topf ist mir ein großer Stein von Herzen gefallen. Vielleicht haben sie es gemerkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aber es kommt 2027 und auch 2027 wird definitiv nicht leichter!

Die FAG-15-Mittel werden nach aktueller Systematik – wenn nicht weitere, zusätzliche Mittel kommen - deutlich geringer ausfallen, Rücklagen stehen nicht mehr zur Verfügung, und der Fehlbetrag aus 2025 belastet zusätzlich.

Wir müssen deshalb offen sagen: Wir befinden uns in einer strukturellen Schieflage, die uns mehrere Jahre begleiten wird.

Den Sparprozess, den wir 2025 durchgeführt haben, könnte man vielleicht so überschreiben: viel Mühe, viel Erkenntnis, aber begrenzte Ergebnisse!

Im Januar haben wir gemeinsam mit den Verbänden einen breiten Sparprozess gestartet. Die Ergebnisse sind – offen gesagt – ernüchternd: Die gesetzlichen Vorgaben lassen uns nur geringe Spielräume.

In unseren eigenen Einrichtungen und in der Verwaltung wurde geprüft, priorisiert und vielfach verzichtet. Zum zweiten Mal sind die Budgets unserer Einrichtungen eingefroren – faktisch also gekürzt.

Mein Dank gilt allen, die an diesem schwierigen Prozess mitgewirkt haben.

Eine schwere Entscheidung war ebenfalls die Beendigung unserer Beteiligung am Museumszweckverband Dachau und damit das Aus für das Museum für Arbeiter- und Industriekultur in Dachau. Sie war notwendig, um unsere bestehenden Verpflichtungen erfüllen zu können.

2025 war geprägt von vielen weiteren Themen, die wir diskutieren und lösen mussten – und weiterhin müssen. Zwei Beispiele:

Die Berufsfachschule für Musik in Altötting, das Kleine Theater in Haar.

Beide mussten finanziell stabilisiert werden und brauchen nun neue, tragfähige Zukunftsmodelle. Um diese zu erarbeiten, müssen wir auch mit dem Haushalt 2026 nochmals finanziell zur Seite stehen.

Ein großes Projekt war die Eingliederung des Zentrums für psychische Gesundheit in Ingolstadt in die kbo-Familie zum 1. Januar 2026. Mein Dank gilt allen beteiligten Stellen. Der Prozess wurde mit Sorgfalt und Verantwortung gestaltet.

Aber: Der reibungslose Übergang darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass jetzt für uns – für kbo - die Arbeit erst beginnt. Wir haben ein defizitäres Krankenhaus übernommen und es kommen große Investitionen für den Neubau der Psychiatrie in Ingolstadt in den kommenden Jahren auf uns zu.

Und auch die Insolvenz der Marianne-Strauss-Klinik in Kempfenhausen hat uns intensiv beschäftigt. Unter neuer privater Trägerschaft ist hoffentlich eine stabile Zukunft für die MS-Patienten und die Mitarbeitenden der Klinik am Starnberger See gesichert.

Damit haben wir aber einmal mehr gesehen, wie sehr das Gesundheitswesen unter Druck steht. Viele Krankenhäuser können nur überleben, weil Städte und Landkreise hohe Defizite ausgleichen.

Unsere kbo-Kliniken konnten bisher mit größten Anstrengungen wirtschaftlich eine schwarze Null erreichen. Auch der Wirtschaftsplan 2026 sieht diese schwarze Null vor – aber es wird immer schwieriger, sie zu halten.

Die angekündigten Kürzungen der Bundesregierung treffen psychiatrische Kliniken besonders hart. Wir müssen darum kämpfen, dass es bei Ankündigungen bleibt und wir von weiteren Verschärfungen verschont bleiben.

Mein Dank gilt daher dem kbo-Vorstand, den Pflegedirektorinnen, den ärztlichen Direktoren, den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern – und allen 8.600 Mitarbeitenden an den 50 kbo-Standorten in ganz Oberbayern.

In dieser Gesamtsituation ist klar: Wir müssen einen Weg finden, der unsere gesetzlichen Aufgaben erfüllt – ohne die kommunale Familie zu überfordern.

Ich möchte deshalb an dieser Stelle klar zum Ausdruck bringen:

Sozialleistungen brauchen dauerhafte finanzielle Stabilität.

Der kommunale Finanzausgleich muss die realen Lasten verlässlich abbilden.

Eingliederungshilfe und Pflege müssen anders gedacht und finanziert werden. Es braucht dringend Reformen.

Änderungen sind notwendig – beispielhaft:

Die weiteren BTHG-Umsetzungen müssen ausgesetzt werden. Es darf nicht noch mehr Bürokratie bei Trägern und Bezirken entstehen, sondern es muss mehr Leistung bei den Leistungsbeziehern ankommen.

Die fünf Bundesmilliarden für die Eingliederungshilfe müssen endlich dynamisiert werden.

Es braucht eine offene Diskussion über das Wunsch- und Wahlrecht und damit verbundene Umsetzung von Mehrkostenvorbehalten.

Die Beweislastumkehr bei der Hilfe zur Pflege im Angehörigenentlastungsgesetz muss beschlossen werden.

Der Freistaat muss die Kosten für die unbegleiteten jungen Erwachsenen Flüchtlinge endlich vollständig übernehmen.

Die PPP-Richtlinie in der Psychiatrie muss abgeschafft und durch ein praxistaugliches, weniger bürokratisches Modell ersetzt werden.

Und es braucht einen beherzten deutlichen Bürokratieabbau in allen Bereichen, bei allen Leistungsarten, für alle Träger und Einrichtungen und für alle Menschen, die von einem überörtlichen Sozialhilfeträger Leistungen beziehen.

Das alles sind Forderungen, die wir an die Landes- und Bundespolitik immer und immer wieder herantragen müssen. Wir müssen argumentieren und wir müssen vielleicht auch ein bisschen auf die Nerven gehen, damit wir die Chance haben, das einiges von den genannten Punkten umgesetzt wird.

Aber wir müssen auch unsere eigenen Hausaufgaben konsequent fortführen:

weitere Einsparpotenziale im Bezirkshaushalt identifizieren,

Diskussionen über vertretbare Einsparungen fortsetzen,

eigene Bürokratievorgaben überprüfen und vereinfachen,

Digitalisierung, Automatisierung und Robotik gezielt nutzen, um Prozesse effizienter und ressourcenschonender zu gestalten.

Nur wenn wir nach außen für strukturelle Reformen kämpfen und im Inneren konsequent modernisieren, werden wir diese genannte Schieflage überwinden.

Zum Schluss nochmals Danke an die, die mit dem Zusammenstellen des Haushalts 2026 am meisten Arbeit hatten:

Herrn Getzlaff, Frau Hirschhuber, Herrn Dr. Hange –, dem gesamten Team der Kämmerei. Ich bin sehr froh, dass wir in diesen schwierigen Zeiten ein sehr kompetentes, innovatives und engagiertes Team beim Bezirk Oberbayern haben, wenn es um die Finanzen geht. Herzlichen Dank für die vielen Stunden der Vorbereitung und herzlichen Dank für die transparente Aufbereitung und die Präsentation des Zahlenwerks in den Fraktionen.

Ich möchte auch einen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung und den Einrichtungen sagen. Ich sehe, dass alle verstanden haben, um was es geht und ich sehe auch, wie sich alle schwer tun über Einschränkungen und Kürzungen zu sprechen, wo wir doch wissen, dass alle Angebote und Leistungen dringend gebraucht werden. Danke allen Mitarbeitenden, die die Entscheidungen mittragen und damit auch Verantwortung übernehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

Bei allen Herausforderungen dürfen wir den Blick auf das Ganze nicht verlieren.

Es geht uns und den Menschen in Oberbayern vergleichsweise gut. Wir leben in einer der stärksten und lebenswertesten Regionen Europas, auch wenn nicht alles Gold ist, was glänzt. Unsere Einrichtungen leisten Hervorragendes, unsere Mitarbeitenden sind engagiert, und die Menschen können sich auf ein starkes soziales Netz in Oberbayern verlassen.

Wir dürfen bei allen Schwierigkeiten und Problemen das Positive nicht aus dem Blick verlieren.

Was mir Mut macht:

Wir haben Ideen.

Wir haben Visionen.

Wir haben Tatkraft.

Wir haben Mut.

Und wir haben den Willen, den Bezirk Oberbayern aktiv zu gestalten – gerade in schwierigen Zeiten.

Der Workshop „*Perspektive Oberbayern*“ zum Beispiel hat mir gezeigt, wie viel Gestaltungsenergie in uns steckt.

Diese Haltung ist unser größtes Kapital. Und sie stimmt mich zuversichtlich, dass wir auch diese schwierige Phase meistern werden – wie der Bezirk Oberbayern schon viele Herausforderungen zuvor gemeistert hat.

Die kommenden Jahre werden herausfordernd. Aber wir dürfen die Zuversicht nicht verlieren.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte ich Sie um Zustimmung zum vorgelegten Haushalt 2026.

Vielen Dank.

Haushaltsrede Bezirksrätin Claudia Hausberger (CSU)

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Schober,
Sehr geehrter Herr Präsident,
liebes Präsidium,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Mitarbeiter, liebe Mitarbeiterinnen,
sehr geehrte Damen und Herren, hier im Raum und zu Hause an den Bildschirmen,

„Für Heuer gerade noch einmal gut gegangen“

Unter diesem Motto können wir das Jahr 2025 und den Haushaltsentwurf 2026 stellen. Der heute zur Beschlussfassung vorliegende Haushalt des Bezirks Oberbayern ist – das kann man ohne Übertreibung sagen – wurde so intensiv und früh diskutiert wie seit vielen Jahren. Bereits seit Jahresanfang war der Haushalt 2026 Thema.

Aber Gott sei Dank: Der Freistaat hat uns mit der Erhöhung der FAG-Mitteln einen Rettungsring zugeworfen hat. Bis 2.2. können wir heuer von den Geldern des Freistaats unsere Aufgaben erfüllen und erst dann die Gelder der Landkreise für die Finanzierung unserer Aufgaben einsetzen. Aber all unsere Gespräche, unserer Appelle, z.B, auch die Resolution des Bezirkstags an die Verantwortlichen im Land und dann letztendlich der Zusammenschluss der Kommunalen Familie, nicht nur in Oberbayern, haben Wirkung gezeigt. Vor allem der Brandbrief des oberbayerischen Bezirkstagspräsidenten, der Landräte und des oberbayerischen Gemeindetags mit dem folgenden Termin in der Staatskanzlei hat dann am 30.10. Wirkung gezeigt. Eine massive Erhöhung der FAG-Mittel. Dafür an herzliches Dankeschön an alle Beteiligten, die durch Ihren Einsatz die errechnete Umlage von 2,8 Punkte in nur 1,15, mit Betonung auf nur 1,15 Punkte ermöglicht hat. Trotz enormer Kostensteigerungen, hoher Dynamik in der Eingliederungshilfe und in der Hilfe zur Pflege ist es der Verwaltung jetzt gelungen, einen Haushalt vorzulegen, den wir als CSU-Fraktion zustimmen werden. Dieser Haushaltsansatz verdient großen Dank, vorweg natürlich an die Kämmererei, Herrn Getzlaff und sein Team, aber auch der gesamten Verwaltung, die wissend, wie sich die Kosten entwickeln, auf wünschenswertes Verzichten und nur das notwendig ansetzen. Vor allem auch im Bereich Personals, wie wir auch bei der Beratung des Stellenplans gehört haben.

Einen zusätzlichen Dank gilt es aber auch für die Sozialverwaltung, die hier viel zusätzlich Arbeit für die Aufbereitung der Kostenstruktur heuer erbracht hat. Ein Dank auch an alle Träger und auch Bezirksrätinnen und -räte, die sich hier konstruktiv mit dem Thema auseinandergesetzt und Vorschläge eingebracht haben.

Von Jahresanfang an waren eine Vielzahl von Sonderterminen zum normalen Alltag angesetzt, um den Haushalt mit uns als Bezirksrätinnen und Räte, aber auch mit den Trägern zu besprechen und Einsparpotentiale zu definieren. Aber wie wir alle ja gesehen haben, wir haben selbst fast keinen Spielraum definieren können, wir sind fast ausschließlich an Bundes- und Landesgesetze gebunden.

Viele von uns haben diesen Prozess sehr als sehr lehrreich und gewinnbringend empfunden und auch weitere Zusammenhänge und Gesetzgrundlagen erfahren. Daher war es für uns alle sehr wichtig, aber auch wieder klare Erkenntnis: Wir brauchen Änderungen in Berlin und München. Wir können die strukturellen Probleme nicht allein auf Bezirksebene lösen und daher auch der wiederholte Appell an uns alle, auch weiterhin unsere Kontakte zu nutzen, um hier Änderungen herbeizuführen, denn ein weiterer finanzieller Rettungsring des Freistaates in dieser Höhe ist nicht zu erwarten.

Wir brauchen Änderungen in der Finanzierung der Pflege, bei der Beweisumkehr beim Angehörigenentlastungsgesetz, beim Bürokratiemonster: BTHGs, aber auch – und da werden wir auch seit Jahren nicht müde es zu betonen, im Bereich der UMAs. Hier hat unser Präsident auch letzte Woche als einen neuen Ansatz die direkte Abwicklung zwischen Bezirk und Freistaat als einen Ansatz des Bürokratieabbaus unserem Ministerpräsidenten als Vorschlag entgegengebracht. Direkte Abwicklung zwischen Bezirk und Land, ohne zusätzliche Prüfung durch die Regierung von Oberbayern. Die doppelte Prüfung und Bearbeitung würde Zeit und Geld sparen. Hier werden wir auch weiterhin mit den Verantwortlichen im Austausch bleiben und nicht lockerlassen.

Und nicht nur hier in Oberbayern hat der Zusammenhalt geholfen: Im Bereich Gesundheit haben wir durch Resolution des Bayerischen Bezirkstags an unsere Bundesgesundheitsministerin wenigstens einen Teilerfolg: Die für das 64b Modell angedachte Finanzierungsänderung durch den Bund konnten gestoppt werden, so dass wir im Isar Amper Klinikum in Haar Gott sei Dank zum 1.1. wie geplant starten können.

Wichtig ist hier aber noch, dass die Sanktionen für die PPPR-L nicht zum 1.1. kommen und vor allem auch die PPPR-L geändert werden muss. Auch hier müssen wir uns weiterhin hartnäckig einsetzen.

Aber wir haben auch selbst Entscheidungen getroffen, die manchem nicht leichtgefallen sind, ich möchte hier nur den Austritt aus dem Zweckverband Dachauer Galerien und Museen ansprechen oder auch Baumaßnahmen, die weiterhin geschoben werden, wie in Garmisch.

Ebenso unsere Entscheidung, die Dynamisierung unserer Sitzungsgelder auszusetzen. Aber im Sinne der gesamtpolitischen Lage ist es richtig, auch hier unser Beitrag zu leisten.

Wir hatten heuer aber auch viel Positives: Die Verselbständigung der Versorgung in der Region 10, die Durchführung unseres DiaTon Abend als neuen Preis, die Einweihung des Barthof in Ammerang, die Fertigstellung des Oberländer Hofes auf der Glentleiten, die Weiterentwicklung in Bruckmühl zum Forum Kultur, um nur einige zu nennen.

Und trotz aller finanzieller Probleme müssen wir als Bezirk – Politik und Verwaltung zusammen – unsere Angebote weiterentwickeln. Gerade in Zeiten knapper Kassen braucht es eine Vision für den Bezirk Oberbayern. Geldmangel darf nicht zu Ideenmangel führen. Darum ist es wichtig, dass wir uns – wie z.B. im Workshop zur Zukunftsperspektive des Bezirks Oberbayern – gemeinsam fragen: Wo wollen wir in fünf oder zehn Jahren stehen? Welche Angebote brauchen Menschen mit Unterstützungsbedarf dann? Wie sichern wir die Qualität unserer Verwaltung, unserer Einrichtungen und Dienste?

Solche strategischen Überlegungen kosten zunächst kein Geld, aber sie verhindern teure Fehlentscheidungen und helfen, knappe Mittel zielgerichtet einzusetzen. Wir müssen unsere trotz aller Engpässe weiterdenken.

Abschließend: Lassen Sie uns diesen Haushalt als das sehen, was er ist: kein Grund zur Euphorie, sondern Anlass zu weiterem Handeln auf allen Ebenen.

Nun möchte ich mich in Namen der CSU-Fraktion nochmal bei Ihnen allen sehr herzlich bedanken, eine besinnliche Weihnachtszeit mit der Möglichkeit sich auch etwas zu erholen wünschen, um dann mit Kraft ins neue Jahr starten zu können, wo uns viele weitere wichtige Entscheidungen bevorstehen werden.

Herzlichen Dank, alles Gute.

Haushaltsrede Bezirksrätin Martina Neubauer (GRÜNE)

-es gilt das gesprochene Wort-

Die bevorstehenden Kommunalwahlen lassen grüßen

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Regierungspräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen und Gruppierungen und werte Anwesende vor Ort und im Livestream, ein intensives Jahr liegt hinter uns und ein erneut herausforderndes liegt vor uns.

Wir haben im vergangenen Jahr erlebt, wie der Haushalt – trotz umsichtiger Kalkulation durch die Verwaltung – „durch die Decke gegangen ist“ und wir im laufenden Jahr Mittel nachschießen mussten. Und nicht nur ein kleiner Betrag, den unsere Kämmerei mit Sicherheit an anderer Stelle hätte kompensieren können, NEIN: 50 Millionen Euro, die Last Nummer 1 für die kommenden Jahre sind und 2027 ausgeglichen werden muss. Dazu kamen und kommen steigende Ausgaben aufgrund weiterhin hoher Fallzahlen, die Folgen der Inflation und hoher Tarifabschlüsse, die wir nicht in Frage stellen, aber als Ursache benennen müssen. Auf der anderen Seite haben sowohl der Bund als auch der Freistaat die Sozialleistungsträger im Regen stehen gelassen. Das Bundesteilhabegesetz, das im Grundsatz gut gemeint, aber in den Konsequenzen nicht zu Ende gedacht war oder das 2019 von der schwarz-roten Koalition eingeführte Angehörigenentlastungsgesetz sind zwei von vielen Ursachen, für die extrem schwierige Situation der bayerischen Bezirke (ich nehme die Oberpfalz mal aus, weil diese von einem Sondereffekt profitiert).

In diesem Jahr ist es uns, Bündnis 90/Die Grünen gelungen, frühzeitig die Diskussion auf die Befassung der finanziell prekären Lage zu lenken. Ein von uns initiiertes und ausgearbeiteter Antrag mit einer Analyse der Situation, klaren kurz- und mittelfristigen Forderungen für die FAG-Verhandlungen und „Hausaufgaben“ für die kommenden Jahre wurde von allen demokratischen Parteien mitgetragen und gemeinsam eingebracht. Dieser Schulterschluss der demokratischen Parteien sowie der Zusammenhalt der sog. „Kommunalen Familie“ war in Kombination mit den Kommunalwahlen der Schlüssel zum Erfolg für 2026. ABER nur für 2026.

Wir müssen langfristig sicherstellen, dass die Bezirke auskömmlich finanziert werden. Noch immer sind diese strukturell unterfinanziert. Wir werden das im nicht-Wahljahr Ende 2026 deutlich zu spüren bekommen, wenn wir nicht weiterhin laut und stark und nachhaltig und gemeinsam dranbleiben.

Klimaschutz: Ambitionen in die Tat umsetzen

Im Einzelplan 7 findet sich der an und für sich stolze Betrag für Erneuerbare Energien von 5,4 Mio. €. Dies ist bereits das dritte Jahr in Folge in etwa die gleiche Summe, ohne dass sich etwas Entscheidendes bewegt hätte. Das ist finanzwirtschaftlicher Blödsinn und vergeudetes Geld, das nicht arbeitet. Weder bringt es Zinsen noch Nutzen. Dabei könnte es so leicht einen Ertrag / Stromkostensenkungen bringen. Das ist in unseren Augen ein Offenbarungseid, wie eine Mehrheit hier finanzwirtschaftlichen Sachverstand vermissen lässt.

Schlechtes Beispiel sind die Dachflächen des Bezirksgutes Haar; diese sind lt. Gutachten bestens geeignet. Da würden in der Privatwirtschaft in den nächsten 6 Monaten die Paneele auf dem Dach sein. Wenn Sie Bedenken haben, dann sollten wir die Flächen einfach an Genossenschaften verpachten.

Soziales: Versorgung strategisch gestalten

Eingangs bin ich ja bereits auf die Herausforderungen im Herzstück unseres Haushalts, den Einzelplan 4, eingegangen. Alle Sitzungen des Fachausschusses waren von der Finanzsituation, den intensiven Verhandlungen mit den Wohlfahrtsverbänden und der Selbsthilfe, von der Bezirksverwaltung aufbereiteten Listen zu Einsparpotentialen geprägt. Und in jeder Sitzung wurde klar, dass wir nichts machen, was „nice to have“ ist, sondern Leistungen erbringen, die dringend erforderlich sind, um Teilhabe zu ermöglichen. Auch in der Sitzung, in der wir vorberatend den Einzelplan 4 behandelt und letztlich dem Bezirkstag zustimmend empfohlen haben, ging es im Vergleich zum Gesamtvolumen um relativ kleine Beträge, bei denen das Gremium hätte steuernd – oder sagen wir vielleicht besser – auch zerstörend – eingreifen können. Weise von unserem Bezirkstagspräsidenten, diese Entscheidung nochmals zu vertagen und die Fraktionen um Befassung zu bitten. Wir sind davon überzeugt, dass gerade diese kleinen besonderen Dienste einen wichtigen Beitrag leisten, um Menschen sehr niederschwellig zu begleiten und Teilhabe sicherzustellen.

An dieser Stelle unser Dank an die Verbände, die Selbsthilfe und die Sozialverwaltung und unsere beiden Inklusionsbeauftragten für das gute Miteinander, das aktive Zuhören und die Zuversicht, dass wir auch im kommenden Jahr gemeinsam an guten und zukunftsfähigen Lösungen arbeiten

werden. Und das nicht nur unter dem Aspekt der finanziell schwierigen Lage, sondern auch, weil wir unser System aufgrund des Fach- und Arbeitskräftemangels sowie des demographischen Wandels anpassen müssen.

Kultur: Keine Kürzungen, aber Vorsicht vor Stillstand

Gerade in Zeiten knapper Kassen und gesellschaftlicher Spannungen und Umbrüche brauchen wir Visionen, damit stiften wir Halt und Identität. Und das tun wir, indem wir Kultur in ihrer Vielfalt fördern und unterstützen. Mit dem ZAMMA-Festival, mit Einzelförderungen für Festivals, Ausstellungen, Vereine etc., unseren wunderbaren Museen und dem ZeMuLi mit Popular- und Volksmusik, mit der Denkmalförderung, Nachwuchspreisen und dem Oberbayerischen Kulturpreis drücken wir das aus. Dennoch ist klar, dass keine Erhöhung faktisch Kürzung bedeutet. Das können wir auf längere Zeit nicht so stehen lassen; denn häufig geht es bei unseren Förderungen um Co-Finanzierungen, die dann nicht mehr funktionieren. Unsere klare Forderung, im kommenden Jahr auch hier genau hinzuschauen und nicht am falschen Ort zu sparen; für den Gesamthaushalt spielt dieser Etat eine verschwindend kleine Rolle; aber vor Ort ist die Wirkung nicht zu unterschätzen. In diesem Einzelplan „verbergen“ sich auch unsere Schulen, die wertvolle Arbeit leisten. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für die vor Ort geleistete Arbeit, um insbesondere junge Menschen auf ihrem Weg in eine selbstbestimmte Zukunft zu begleiten.

Und ein Dank gilt dem Bezirksjugendring und unserer Kommission. Klar ist, dass eine gute Grundförderung von Jugendarbeit präventiv wirkt, weil sie Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung stärkt. trotz knapper Kassen wurden bis jetzt bei der Jugendarbeit keine Einschnitte vorgenommen.

Unsere Kliniken

Da wir uns in diesem Jahr besonders intensiv mit unseren Kliniken befasst haben, möchte ich es an dieser Stelle nicht versäumen, unseren Dank an alle Mitarbeitenden, die Führungskräfte und den Vorstand auszusprechen. Mit der Entscheidung für Ingolstadt und der Punktlandung an Sylvester, der Umsetzung des Modellvorhabens am Isar-Amper-Klinikum § 64b, SGB 5, das die Versorgung psychisch kranker Menschen verbessern wird und dem auch über den psychiatrischen Kliniken hängenden Damoklesschwert der auskömmlichen Finanzierung in der Zukunft, werden wir die Kliniken auch weiterhin gut begleiten. Inwieweit wir, in Zukunft auch finanziell mehr gefordert sein werden, hängt maßgeblich von politischen Entscheidungen in Berlin ab. Erste Vorboten mit der „Scharfstellung“ der PPP-RL kommen nun an.

Dass die Kliniken sich ihrer Verantwortung für die Opfer der sog. „Euthanasie“ Verbrechen, der Ermordung der Patient*innen für die die Einrichtungen Genesungsverantwortung trugen und tragen, stellen, ist richtig und muss in gleicher Intensität fortgesetzt werden.

Wir begrüßen es, dass das Kleine Theater Haar, das organisatorisch noch in der kbo-Familie verortet ist, nun auf dem Weg in eine gute Zukunft ist. Danke an alle Beteiligten, die Stadt Haar und den Intendanten fürs Durchhalten.

Gesamtwürdigung und unser Votum

Es dürfte für Sie, sehr geehrte Damen und Herren, nun keine große Überraschung sein, dass die Fraktion B 90/Die Grünen der Haushaltssatzung inkl. Stellenplan, dem Investitionsplan und den vorgelegten Wirtschaftsplänen zustimmen wird. Die Festsetzung des Hebesatzes haben wir im vergangenen, vorberatenden Bezirksausschuss noch einmal diskutiert und darüber gesprochen, ob mit einem Verzicht auf die Mindestzuführung etwas gewonnen wäre. Wir werden auch dem vorgeschlagenen Hebesatz heute so zustimmen.

Wünsche

Ihnen allen frohe Festtage. Lassen Sie uns die Menschen, die wegen Krieg und Konflikten, wegen der Folgen der Klimakrise auf der Flucht sind, diejenigen, die auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind, nie aus dem Blick verlieren. Gemeinsam für ein solidarisches Miteinander. Lassen Sie uns mit Energie, Mut und Optimismus die Aufgaben gestalten. Für ein vielfältiges, soziales und offenes Bayern!

Vielen Dank

Haushaltsrede Bezirksrat Sepp Hofer (Freie Wähler)

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Dr. Schober,
sehr geehrter Herr Bezirkstags Präsident Thomas Schwarzenberger,
sehr geehrtes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
und liebe Gäste die uns von zuhause an den Bildschirmen verfolgen,

ich knüpfe nahtlos an meine letzte Haushaltsrede an, wo ich sagte:

Vermutlich beim Haushalt 2027 werden wir über die 3 Milliarden kommen. Falsch, die 3 Milliarden werden 2026 schon übersprungen!

Vermutlich wird schon jeder im Kopf weiter rechnen...

Und weiter habe ich letztes Jahr gesagt:

Ich frage mich manchmal, wissen die im Landtag eigentlich, was die Bezirke tun?

Eigentlich waren die zusätzlichen Millionen vom Freistaat Ebbs und Nix, wie wir in Bayern sagen. Trug zwar dazu bei, die Bezirksumlage um 1,15% zu senken, aber die Auswirkungen auf Landkreise und kreisfreie Städte und weiter auf die Kommunen sind schlimm, bis Handlungsunfähigkeit!

Aber - wie ich im Netz gesehen habe, war die Kollegen von der CSU-Fraktion kürzlich beim MP zu Gast. Dazu würde ich gerne wissen,

- Wie hat er den Sparhaushalt des Landtags gerechtfertigt?
- Wie stellt er sich die Zukunft der Bayerischen Kommunalen Ebenen vorstellt.

Wohl wissend, dass viele Probleme, die die Bezirke plagten in Berlin zu lösen wären. Aber die streiten die ganze Zeit, anstatt Probleme zu lösen, anstatt Reformen anzupacken oder beschließen Sonderschulden.oder wie heißt es Sondervermögen

Bei einem Vortrag heuer in Gabersee, wo es um die Erinnerungskultur ging, führte der Redner mit den Worten ein: Deutschland gibt weltweit das meiste Geld für die Psychiatrie aus. Das mag jetzt der ein oder anderen Politiker nicht so gerne hören, sagte er.

Der letzte Satz hat mich im Nachgang noch beschäftigt. Warum soll ich das nicht gerne hören wollen, habe ich mir gedacht? Ist doch gut und richtig, wenn unsere psychisch kranken Menschen gute Versorgung bekommen.

Am Abend habe ich dann nochmal nachgedacht und mir sind die vielen Forderungen von Verbänden, Parteien und Institutionen eingefallen, die immer mehr wollen und auch vehement fordern. Stimmt, dachte ich mir, denen ist es nie genug. All dies mussten wir heuer auf den Prüfstand stellen, denn jetzt, in diesen Zeiten, spüren wir, dass ein Ende der Fahnenstange erreicht ist und dass wir in vielen Bereichen Töpfe geschaffen haben, die jetzt zu schließen sind.

Das wussten wir, doch keiner hat es ausgesprochen - Demographischer Wandel.

Schießen mussten wir heuer auch die Idee unseres Dachauer Industriekultur Museums. Für mich und einige Kolleginnen und Kollegen sehr schade. Als ehemaliger Baumensch, Renovierer, Sanierer, war ich von Anfang an begeistert. Und ich muss schon sagen, dieses Projekt hätte ich gerne bis zur Entstehung begleitet, aber manchmal muss man sich im Leben von etwas lieb gewonnenem trennen, weil es einfach nicht geht. Ich weiß, das sieht nicht jeder so da herinnen.

Hans Litten, 1903 geboren, war ein deutscher Strafverteidiger, der 1938 im KZ in Dachau umkam. 5 Jahre versuchte er den aufkommenden Nationalsozialismus zu bekämpfen. Vor kurzem las ich diese Biografie, von einem Mann, der in einem Regime sein Leben verlor, ein Regime, von dem heute mancher nichts mehr hören will oder es gar verleugnet. Ich glaube, nein ich hoffe, dass unser Hartheim Besuch, heuer am 6. Oktober, den Sinn für unsere Bewegung Erinnerungskultur noch weiter verstärkt hat.

Erinnern wird immer noch wichtiger, und noch wichtiger, und noch wichtiger

Zu guter Letzt möchte ich mich noch bei unserem Präsident Thomas Schwarzenberger bedanken. Vor einigen Wochen fand am Freitagnachmittag der Workshop Bezirk Oberbayern 2030 statt. Meine anfängliche Skepsis hat sich schnell umgewandelt in: Hey, was für gute Stimmung und in: Wie wichtig es ist, wenn Politik und Verwaltung mal zusammen etwas ausarbeiten. Herr Präsident, ich glaub, sowas machen wir öfter, weil das eine gute Sache ist und auch zu einer, wie ich finde, guten Stimmung untereinander beiträgt.

Und mit dieser guten Stimmung darf ich mich im Namen meiner Freie Wähler Fraktion in die Weihnachtszeit verabschieden.

Noch ein herzliches Dankeschön an Herr Getzlaff und Frau Hirschhuber für Ihre vorzügliche Arbeit und dass Sie uns den Haushalt 2026 vorgestellt haben.

Auch ein herzliches Dankeschön an alle mit denen wir im Bezirk Oberbayern heuer zusammenarbeiten durften.

Die Bezirkstags Fraktion der Freien Wähler Oberbayern stimmt dem Haushalt 2026 zu.

Ich wünsche euch Allen, im Namen der Freien Wähler Fraktion schöne Weihnachten und ein gutes gesegnetes Jahr 2026.
Herzlichen Dank.

Haushaltsrede Bezirksrat Christian Demmel (AfD)

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, wir beraten heute über den Haushalt 2026. Es ist unsere Pflicht, diesen Haushalt nicht nur formal zu beschließen, sondern kritisch zu hinterfragen. Denn am Ende sind es die Bürgerinnen und Bürger unserer Kommunen, die mit ihrer Arbeit und ihren Steuern die Grundlage für alle Ausgaben schaffen. Jeder Euro, der ausgegeben wird, muss vorher verdient werden – und das darf nie vergessen werden. Und wir müssen zugleich Sorge tragen, dass die Leistungsträger – die Steuerzahler – nicht überfordert werden. Denn wenn diese Grundlage wegbricht, bricht auch die Basis für alle sozialen Dienste zusammen.

Besonders kritisch sehen wir die enormen Kostensteigerungen im Sozialetat und bei den klimabezogenen Maßnahmen.

Allein im Einzelplan 4 – Soziales und Jugend – steigen die Ausgaben von 2,75 Milliarden Euro im Jahr 2025 auf knapp 2,95 Milliarden Euro im Jahr 2026. Das bedeutet eine Steigerung um wieder fast 200 Millionen Euro. Der Zuschussbedarf wächst um weitere 169 Millionen Euro.

Wir wollen ausdrücklich anerkennen, dass Präsident Thomas Schwarzenberger seit seinem Amtsantritt konsequent und ambitioniert auf Einsparungen hingewiesen und auch hingearbeitet hat. Er hat klar und transparent gezeigt, dass die Verwaltung in allen Bereichen Sparpotenziale erarbeiten muss – selbst die Wohlfahrtsverbände wurden dazu eingeladen. Das ist kein leichter Schritt, aber ein notwendiger. Wir sehen, dass im Zuständigkeitsbereich des Bezirks beinahe alles Mögliche getan wird, um die finanzielle Misere zu meistern. Aber trotz all dieser Bemühungen steigen die Kosten weiterhin in einem Ausmaß, das kaum mehr tragbar ist.

Die nackten Zahlen sprechen hier eine klare Sprache

- Der Hebesatz der Bezirksumlage steigt auf 24,7 Prozent.
- Der ungedeckte Bedarf liegt bei fast 2,7 Milliarden Euro.
- Die Rücklagen sind vollständig aufgebraucht und müssen 2026 wieder auf den gesetzlichen Mindestbestand von 26,2 Millionen Euro aufgefüllt werden.
- Der Schuldenstand wächst von 15 Millionen Euro Ende 2024 auf fast 59 Millionen Euro Ende 2026 – eine Vervierfachung binnen zwei Jahren.

- Der Schuldendienst steigt auf 3,7 Millionen Euro Tilgung und 0,9 Millionen Euro Zinsen, dazu kommen 6,2 Millionen Euro Kassenkreditzinsen.

Diese Entwicklung zeigt: Wir stehen vor einer finanziellen Schieflage, die nicht mehr allein durch die Bezirke aufgefangen werden kann. Es braucht endlich strukturelle Lösungen und eine klare Prioritätensetzung zugunsten der Menschen hier vor Ort.

Schauen wir einmal auf die Ursachen statt Symptome

Stellen wir uns unseren Bezirk wie ein stolzes Schiff vor – die „Oberbayern“. Es trägt viele Menschen, viele Hoffnungen, viele Aufgaben. Aber im Kielraum dringt Wasser ein: steigende Kosten, wachsende Schulden, immer neue Aufgaben von Bund und Land. Und wir stehen mit kleinen Eimerchen da und schöpfen – während von oben unaufhörlich nachgegossen wird.

Wir müssen endlich den Mut haben, die Ursachen dieser Misere klar zu benennen – nicht nur die Symptome zu behandeln und das sind u.A.

- Sozialpolitische Entscheidungen des Bundes, die unsere Kommunen überfordern. (Z.B. Bundesteilhabegesetz, Schülerbegleitung oder die jungen Erwachsene Flüchtlinge)
- Bund und Land schieben Aufgaben nach unten und die Rechnung gleich hinterher. Der Bezirk wird zum finanziellen Spielball in einem Spiel, dessen Regeln er nicht beeinflussen kann.
- Die Regierung setzt Milliardenbeträge für Projekte ein, die in großen Teilen nicht der Deckung der Aufgaben in unseren Kommunen dienen.
- Die sogenannten „Sondervermögen“ sind nichts anderes als Schulden, die kommende Generationen schwer belasten werden.
- Für die sozialen Bedarfe vor Ort entstehen Defizite und Kürzungen, während anderswo Milliarden gebunden sind.

•

Meine Damen und Herren,

bei unseren Haushaltsreden haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass die Ursachen bekämpft werden müssen. Und, dass das Konnexitätsprinzip konsequent angewandt werden müsse. Nicht nur gegenüber dem Land.

Konnexität und kommunale Selbstverwaltung bedingen einander

Das Konnexitätsprinzip – „wer anschafft, muss auch zahlen“ – ist in der Bayerischen Verfassung (Art. 83 BV) verankert. Es schützt uns gegenüber dem Freistaat. Doch gegenüber Berlin und Brüssel gilt es so nicht. Hier erleben wir ein faktisches Durchregieren: Gesetze und Programme werden beschlossen, die Kosten aber landen bei uns. Das verletzt den Geist der föderalen Ordnung und schwächt das verfassungsmäßige Recht auf kommunale Selbstverwaltung (Art. 28 Abs. 2 GG, Art. 11 BV) sowie das Subsidiaritätsprinzip. Das Durchgriffsverbot soll unsere Kommunen schützen – doch der Bund umgeht es, indem er Aufgaben über die Länder weiterreicht und damit die Kostenlast am Ende doch bei uns landet. Genau hier zeigt sich, wie wichtig das Konnexitätsprinzip ist und wie es aber ausgehöhlt wird.

Ja, diese Botschaft ist inzwischen auch beim Bund angekommen: Spitzenvertreter der Länder und Kommunen fordern die Einhaltung des Konnexitätsprinzips auch auf Bundesebene. Wer bestellt, muss zahlen – und ich sage - am besten auch das nötige Fachpersonal mitliefern!

Meiner Meinung nach wäre es zwingend notwendig, dieses Prinzip auch auf die EU auszuweiten. Denn auch dort müssen Aufgaben mit den nötigen Ressourcen hinterlegt werden.

Eine weitere Ursache für die Misere ist eindeutig und muss endlich ehrlich, klar und deutlich bewusstwerden: Ein erheblicher Teil der Preissteigerungen hängt mit den Klimaschutzzielen und den damit verbundenen Maßnahmen zusammen.

Energiekosten treiben Produktion, Bau, Lieferung, Dienstleistungen und letztlich auch die Löhne und Gehälter in die Höhe und somit auch den täglichen Bedarf zur Daseinsfürsorge.

Das wirkt sich auf alle Bereiche aus.

Die sogenannte „grüne Agenda“, die alles unter dem Gesichtspunkt von Klimaschutz und CO₂-Neutralität beurteilt, hat sich als fataler Irrweg erwiesen. Sie führt zur Emigration von Unternehmen, zur Schwächung der Wirtschaft und zur Deindustrialisierung. Diese Politik belastet die Menschen heute sehr und schadet am Ende sogar Umwelt und Natur. Wenn Rohstoffe wie seltene Erden unter Einsatz von Kinderarbeit in armen Ländern abgebaut werden, ist das weder human

noch sozial. Dass in den Erzeugerländern bei der Produktion bereits große Mengen Schadstoffe emittiert werden, ist nicht positiv für die globale Umweltbilanz.

Genauso wenig ist der reale Klassenkampf nicht sinnvoll oder förderlich

Wir sagen klar: Sozial ist nicht, wer fremdes Geld mit vollen Händen verteilt, sondern wer dafür sorgt, dass es überhaupt erst verdient werden kann. Sozial ist also, wer die Leistungsträger schützt – nicht wer sie überlastet. Wer denkt, er könne die Torte verteilen, ohne zu berücksichtigen, wer diese backt, der versteht auch nicht, wie viel Leistung erst erbracht werden muss, um das süße Backwerk zu erzeugen und dann zu verteilen. Die Schwächung der Wertschöpfenden schwächt auch die Grundlage für jede soziale Verantwortung.

Meine Damen und Herren,

wir haben einen umfangreichen Katalog an Vorschlägen gemacht. Wir haben im Workshop „Perspektive Oberbayern“ mitgearbeitet. Wir haben gezeigt: Wir kritisieren nicht leichtfertig – wir bringen uns kritisch, aber konstruktiv ein, um Probleme zu lösen.

Aber Vorschläge allein reichen nicht. Es braucht endlich den Mut, die Ursachen anzupacken – und nicht nur die Symptome mit FAG-Mitteln zu kaschieren.

Wir wollen jetzt klar sagen und die Gewitterwolken nach Berlin senden: Deshalb lehnen wir diesen Haushalt ab. Nicht aus Prinzip. Nicht aus Wollust am Widerspruch. Sondern als Warnsignal, als rotes Blinklicht auf dem Armaturenbrett eines überhitzten Motors. Wir können und wollen diesen Kurs nicht länger mittragen.

Wir fordern daher:

- Stoppen wir die Umlagen-Spirale!
- Geben wir den Kommunen Luft zum Atmen!
- Setzen wir das Konnexitätsprinzip durch – konsequent und kompromisslos!
- Machen wir Schluss mit ideologiegetriebener Verschwendung!
- Setzen wir wieder auf den Leistungsgedanken und den Schutz der Leistungserbringer, dem Steuerzahler, statt auf bloße Umverteilung
- Sorgen wir dafür, dass jeder Euro dort ankommt, wo er wirklich gebraucht wird – bei den Menschen, nicht in der Bürokratie.

•

Meine Damen und Herren,

wir stehen an einem Scheideweg. Entweder wir lassen weiter Wasser ins Schiff laufen – oder wir drehen endlich den Hahn zu. Die AfD sagt klar: Wir drehen zu. Für ein starkes, solventes, selbstbewusstes und real soziales Oberbayern. Denn wenn wir weiter zulassen, dass die Menschen um ihren Wohlstand gebracht werden, säen wir nicht nur Schulden – wir säen auch Verzweiflung. Und Verzweiflung ist der Nährboden für Unfrieden, Spaltung und Gewalt. Genau das wollen wir verhindern.

Deshalb stehen wir auf – für Klarheit, Ehrlichkeit, solide Finanzen, für echte soziale Sicherheit und für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

Nur mit stabilen Finanzen, mit echter Selbstverwaltung und mit einem Staat, der seine Bürger schützt, statt schröpft, schaffen wir unsere Herausforderungen und Aufgaben – und eine Gesellschaft, die den Menschen dient und eine Zukunft, die lebenswert bleibt – für die nächste Generation.

Vielen Dank.

Haushaltsrede Bezirksrätin Irmgard Hofmann (SPD)

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Dr. Schober,
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Schwarzenberger,
sehr geehrtes Präsidium,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zum geplanten Haushalt 2026 wurde alles Wesentliche und manches Unwesentliche gesagt. Die SPD-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushaltsentwurf zu.

Wir sind dankbar für die Ernsthaftigkeit, mit der nicht nur der Kämmerer, Herr Getzlaff und sein Team, sondern alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Bezirks Oberbayern sich bemühen, die Notwendigkeit des Sparens in ihren Etats zu berücksichtigen und umzusetzen. Unser besonderer Dank gilt dem Präsidenten für seine verantwortungsbewusste Haltung, mit der er besonders radikalen Forderungen entgegentritt.

Sehr schmerzlich empfinden wir als SPD-Fraktion, dass es auf Grund der Haushaltslage kaum mehr Spielraum für freiwillige Leistungen gibt.

Dabei haben gerade die freiwilligen Leistungen einen präventiven Charakter. Das bedeutet, dass wir diese Leistungen, die die Zahl der künftigen Betroffenen für gesetzliche Leistungen mindern könnten, nicht ausbauen können. Aber wie alle kommunalen Ebenen können, wir leider nur hier sparen, wobei zwingend Augenmaß gewahrt werden muss.

Wir danken dem Vorstandsvorsitzenden des Kommunalunternehmens kbo, Herrn Podechtl und der Vorständin Frau Dr. Borrmann-Hassenbach. Beide arbeiten zusammen mit den Klinikleitungen intensiv an einer zukunftsorientierten psychiatrischen Versorgung in Oberbayern. Die Umstrukturierung in der psychiatrischen Versorgung in Ingolstadt von einem Zweckverband zu einer kbo-Tochter bedeutete intensivste Arbeit, ebenso wie die Umsetzung des Modells 64b im Isar-Amper-Klinikum. Beides sind in unseren Augen Meisterleistungen, die nur unter höchstem Einsatz des Vorstands und aller Beteiligten aus kbo und der Bezirksverwaltung zu stemmen waren. Bitte geben Sie unseren herzlichen Dank an alle weiter.

Zum Schluss:

Natürlich wäre es schöner, wenn wir volle Kassen hätten, aber das wird voraussichtlich auch in den nächsten Jahren nicht der Fall sein, ganz im Gegenteil. Uns darauf einzustellen, gehört zur politischen Verantwortung.

Dieser Verantwortung wollen und werden wir uns auch im nächsten Jahr stellen, auch wenn es schwerfällt.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, die wir vertreten.

Im Namen der SPD-Fraktion wünsche ich Ihnen und uns eine gesegnete Weihnachtszeit, einige erholsame Tage mit lieben Menschen und einen guten Start in das neue Jahr 2026.

Haushaltsrede Bezirksrat Perter Münster (FDP für AG)

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,
meine Damen und Herren,

es ist schon viel gesagt über den laufenden Haushalt 2025 und den für 2026 des Bezirks Oberbayern und auch der Dank an Präsidium, Bezirkstag, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltung und kbo. Insbesondere an Frau Hirschhuber und Herrn Getzlaff ist bereits des Öfteren zu vernehmen gewesen. Letzterem möchte ich mich an dieser Stelle schon vorab anschließen, auch uns haben Aufbereitung und Diskussion über den Haushalt einige im Vorfeld aufgetretene Fragen bereits beantwortet. Gleichmaßen darf ich mich beim Bereich Personal bedanken für die Aufklärung der Stellenplanung für das kommende Jahr. Auch diese sind wir durchaus kritisch aber aus meiner Sicht konstruktiv gemeinsam durchgegangen.

Festzuhalten bleibt, dass trotz des großzügigen Kurzzeitpflasters des Freistaats bei der Erhöhung der Art 15 FAG-Mittel, die uns ausnahmsweise staatliche Leistungen über den gesamten Monat Januar 2026 bescherten, eine langfristige Finanzierung der überörtlichen Sozialhilfe nicht sicher ist. Dies könnte eine Randnotiz sein, hinge nicht die Zukunft des gesamten Sozialstaats der Bundesrepublik von der Beantwortung grundsätzlicher Fragen ab. Denn wie wollen wir zukünftig tatsächlich zusammenleben? An welchen Stellen wollen wir uns zukünftig eine Angleichung der Lebensverhältnisse aller Menschen in diesem Land zumessen, wo sind wir bereit, Unterschiede zu akzeptieren.

Es stellt sich die schmerzhafteste Frage nach den Grenzen von Gleichheit und Gleichmacherei, individueller Lebensbedürfnisse & Lebensgestaltung und freier Entfaltung. In diesem Spannungsfeld können wir als Bezirksrätinnen und -räte nur sehr begrenzt Einfluss nehmen, denn die meisten der Aufgaben, die uns obliegen, sind bekanntlich staatlich verordnet. Nicht verhehlen will ich aber, dass wir mit deren ungebremsen Aufwuchs ohne Einflussmöglichkeit auch im kommenden Jahr nicht zufrieden sein können.

Gemeinsam haben wir an dieser Stelle aus schon des Öfteren versucht, die Bundespolitik zu grundsätzlichen Überlegungen in der Ausgestaltung zukünftiger Sozialleistungen zu bewegen, ohne dass dies bislang in befriedigender Weise gelungen wäre. Ich bleibe sehr zuversichtlich, dass gemeinsame Anträge mit den für die überörtliche Sozialhilfe Verantwortlichen in anderen Bundesländern zukünftig mehr Erfolg haben werden. Denn sollte es uns nicht gelingen, hier tatsächlich Änderungen vorzunehmen, fährt uns sehenden Auges der Sozialstaat vor die Wand- und das wollen wir hier, so denke ich, alle verhindern.

Auch 2026 ist der ungedeckte Bedarf, also der über die Bezirksumlage von den kreisfreien Städten und Landkreisen erhobene kommunale Beitrag zu unserem Haushalt die bei weitem überwiegende Einnahmequelle, 2,5 Milliarden Euro werden wir hier enthalten. Blicken wir zwanzig Jahre zurück, lag im Jahr 2006 der gesamte Bezirkshaushalt bei unter 800 Mio. Euro. Und dass, obwohl damals der Bereich der psychiatrischen Kliniken noch in den Haushalt integriert war. Addierte man diesen zum aktuellen Haushaltsentwurf hinzu, so käme man im kommenden Jahr auf einen bezirklichen Haushalt von etwa vier Milliarden Euro. Trotz nicht unerheblicher Geldentwertung in den letzten zwei Jahrzehnten ist dies eine deutlich überproportionale Steigerung.

Wir haben in den vergangenen Jahren unter Verweis auf die kommunale Familie als FDP-Fraktion darauf gedrungen, alles auf den Prüfstand zu stellen. Und ich bin sehr dankbar, dass Verwaltung und Bezirkstag große Anstrengungen unternehmen, dem nachzukommen. Alle Fraktionen sind aufgerufen, sich Gedanken über die zukünftige Gestaltung zu machen und der Sozial- und Gesundheitsausschuss wird auf Grund der Überlegungen der Fraktionen die freiwilligen Leistungen des Bezirks in den kommenden Monaten nochmals eingehend beleuchten.

Naturgemäß wird dies auch zur Einschränkung der einen oder anderen Leistung führen. Die für schmerzliche Eingriffe erforderliche Signalwirkung, Dinge auch aus bezirklicher Sicht einzusparen zeigt der Vorstoß, den Museumszweckverband mit Stadt und Landkreis Dachau vorzeitig zu beenden, den wir später noch behandeln werden. Auch die Verschiebung verschiedener Bauvorhaben zur vorübergehenden Entlastung des Vermögenshaushaltes ist hier positiv zu erwähnen. Solche Signalwirkung könnte aber auch eine nochmalige Überlegung zum Preis „Helden des Wassers“ sein, für den zumindest durch die Vorbereitung in der Verwaltung durchaus Kosten anfallen, ohne dass diese in den kommenden Jahren einen nennenswerten Nutzen bringen werden. Und so richtig die Frage die anstehende Erhöhung der Aufwandsentschädigung des Präsidenten nach dem Wegfall seiner Bürgermeisteraufgaben ist, so berechtigt ist zumindest die Frage nach dem Arbeitsumfang des Präsidiums.

Möglicherweise werden aber auch zukünftige Ausschreibungen von Leistungen anders aussehen und im Ergebnis für den Bezirk günstiger sein können. Hier könnten Losbildungen und kleinräumigere Einteilungen gerade mittelständischen innovativen Institutionen den Raum schaffen, erstmals für den Bezirk tätig zu werden und gleichzeitig den Kostenrahmen zumindest auf gleichem Niveau halten, möglicherweise sogar in einigen Fällen reduzieren.

Als FDP-Fraktion haben wir nach intensiver Prüfung des über 500 Seiten starken Haushaltsentwurfs beschlossen, dem Haushalt für 2026 zuzustimmen.

Vielen Dank für die Zusammenarbeit im ablaufenden Jahr. Ihnen allen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksverwaltung, kbo und auch Ihnen als Zuhörerinnen und Zuhörern wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute, Erfolg und Glück im kommenden Jahr 2026, das bereits aus heutiger Sicht wieder große Herausforderungen für uns bereithält.

Vielen Dank

Haushaltsrede Bezirksrat Andreas Huber (ÖDP)

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses, insbesondere Frau Hirschhuber und Herr Getzlaf, viele Dank für dieses umfangreiche Werk und die Erläuterungen im Vorfeld.

Auch in diesem Jahr stehen wir mit dem neuen Haushaltsplan für 2026 vor einer schwierigen Ausgangslage und dennoch scheint er auf den ersten Blick solide und den Umständen der knappen Kassen entsprechend, ausgeglichen geplant. Und wieder kann ich den Argumenten meiner Vorredner in weiten Teilen folgen und sehe, wie immer, bei dieser Planung nur ein Reagieren mit den begrenzten Mittel und zu wenig agieren für die Zukunft.

Und wie letztes Jahr schon ausgeführt sind wir der Meinung, dass doch wesentlich mehr ein Augenmerk auf die Prävention geworfen werden müsste als dies bislang der Fall ist.

Durch Förderung der freien Wohlfahrtspflege ist mehr frühzeitige und besonnene Hilfe möglich und letztendlich können auch etliche Pflichtleistungen eingespart werden auch zum Wohle der betroffenen Patienten. Der Haushaltsplan für 2026 sieht hier nun eine Steigerung bzw. Anpassung von ca. 8 Mio.€ vor.

Ich zitiere meinen Kollegen Max Keil. „Das ist ja schon einmal ein guter Anfang.“

Wenn es nun aber um die pauschal finanzierten Leistungen geht, sollen im kommenden Jahr erhebliche Einsparungen bei einigen Angeboten in Höhe von 25 bis 75% erreicht werden. So wird es zumindest an die Fraktionen weitergereicht zur Diskussion. Frage: Sollen wir denn den schwarzen Peter spielen?

Ja wir werden uns damit befassen, aber in weiser und kluger Art.

So sagt eine alte Weisheit: „Das Gegenteil liegt eng beieinander“

Das heißt so viel wie; wenn Du in die eine Richtung nichtweiterkommst, dann gehe genau in die entgegengesetzte Richtung.

Also schauen wir vielleicht wo kann man noch mehr investieren, um Prävention zu erreichen und nicht weniger.

Vielleicht braucht das ein oder andere Angebot 25,50 oder auch 75% Aufschlag, um den Bezirk am Ende doch zu entlasten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen in den Vorbesprechungen haben Sie im Haushaltsansatz sicher nach irgendwelchen geheimnisvollen Einsparmöglichkeiten gesucht und nicht gefunden.

Vielleicht so etwas wie die Beteiligung an dem Dachauer Museumsforum abschaffen?

An dieser Stelle übrigens vielen Dank dafür, wir haben es von unserer Liste gestrichen.

Diesmal fällt das Augenmerk allerdings auf einen anderen Stolperstein: ZeMuLi, in Klammern Zentrum für Volksmusik, Literatur und Populärmusik, also eigentlich ZeVoLiPo, Generalsanierung ehemaliges Seniorenheim. 22Mio.€. Im Vergleich zu 28Mio.€ Neubau Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule.

Wir Bauern meinen immer man könnten so ein Gebäude auch für 3 Mio. € sanieren.

Aber diese Kreuzung zwischen Zebra und Muli, so ist es mir zumindest beim ersten Hören durch den Kopf gegangen, heißt ja nicht mehr so, sondern jetzt „Forum Kultur“ wie man es in fast jeder Stadt auch findet. Wenn man es aber in jeder Stadt findet stellt sich die Frage, ob der Bezirk Oberbayern da überhaupt noch zuständig ist, ansonsten sollte doch wenigstens eine räumliche Ein-

grenzung im Namen erkennbar sein, wie durch einen Zusatz „Oberbayern“ oder fühlt sich da jemand diskriminiert?

Oder wir wissen überhaupt noch nicht, was wir mit dem neuen Gebäude anfangen sollen, dann wäre natürlich der Name „Forum Kultur“ ein gelungener Übergang zu einer späteren Unterkunft für Flüchtlinge.

An dieser Stelle noch einen schönen Gruß vom Ernst Schusser an alle die ihn kennen, er hat mir diesen Beitrag am Dienstag persönlich abgesegnet.

Und nun noch ein paar Anmerkungen zu den anderen Haushaltsstellen.

Einzelplan 4 „Soziales und Jugend“ läuft uns irgendwie aus dem Ruder

Sehr wohl haben wir zur Kenntnis genommen, dass man sich im nächsten Jahr für den nächsten Haushalt damit auseinandersetzen möchte,

aber dann wird es sehr wahrscheinlich schon wieder sehr viel Geld gekostet haben, was nicht der Bezirk, nicht die Kreise und auch nicht die Gemeinden übrighaben. Da dürften wir ruhig einmal genauer hinschauen, wer wo Geld für was bekommt, besonders in der Verwaltung.

Klimabilanz des Bezirkes:

PV- Freiflächenanlage in Haar für die KBO. Das will die KBO aber nicht. Sehr geehrter Herr Präsident, was wäre der nächst Schritt für unseren Antrag, sollen wir uns an den Vorstandsvorsitzenden der KBO wenden?

Selbstverständlich fordern wir auch dieses Jahr, das die Bezirksgüter mehr auf den ökologischen Landbau ausgerichtet werden und die Grundlage für eine nachhaltige Landwirtschaft nicht zerstört wird durch den Einsatz oder das Experimentieren mit gentechnisch veränderten Organismen.

Diese biologische Vergewaltigung ist nach der geltenden Gesetzeslage in Bayern untersagt und hat in der Vergangenheit auch weltweit der Gesellschaft noch nie einen Vorteil gebracht welcher nicht auch mit herkömmlichen Mitteln zu erreichen gewesen wäre, dann aber ohne unwiederbringliche Nebenwirkungen. Nutznießer waren immer nur einige wenige Konzerne. Und das ist in keinsten Weise mit technischen Entwicklungen zu vergleichen, welche oft wirklich eine Erleichterung für alle bedeuten. Und wer gut aufgepasst hat, jawohl dieser Abschnitt ist eine Wiederholung aus meiner Rede von 2024, aber eben wieder sehr aktuell.

Auch die Zwangsjacke „Kooperationsgemeinschaft“ möchte ich wiederholt ansprechen. Entscheidungen nach dem persönlichen Gewissen sind laut Gesetz verbindlich und werden nur möglich ohne weitere Verträge. Auch in meiner Haushaltsrede von 2024 hatte ich diese Verbindung schon bemängelt, da es immer wieder die zeitgemäße Entwicklung und notwendige Umstrukturierung ausbremst. Und wo wird der Haushalt für den Bezirk verabschiedet in der Presse, den nichtöffentlichen Sitzungen, in politischen Vereinen oder im Plenum des Bezirks von Oberbayern?

Ein großer Brocken für 2026 ist natürlich die Verselbstständigung in Ingolstadt. Es bleibt zu hoffen, dass diese weiter zügig umgesetzt wird da es noch über Jahre Ressourcen bindet, welche auch anderenorts gebraucht werden.

Da wäre dann noch das Problemkind „Digitalisierung“. Stellen sie sich auch hier wieder den gleichen Beitrag wie 2024 vor.

Nun komme ich zum Ende und lassen den nachfolgenden Reden auch noch etwas Luft. Letzt endlich ist der Haushaltsansatz ja ein gangbarer Weg, aber - und hier komme ich wieder zurück zu meinen vorherigen Ausführungen zu den pauschal finanzierten Leistungen. Da es offensichtlich mehr Geld für Prävention gibt, werden wir diesen Haushaltsansatz für 2026 nicht ablehnen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Haushaltsrede Bezirksrat Jochen Nibbe (Volt für AG)

-es gilt das gesprochene Wort-

Guten Morgen, ich grüße Sie Herr Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger, alle Mitarbeitenden der Bezirksverwaltung, ich grüße alle Gäste und Vertreter von Presse

guten Morgen auch an alle Kolleginnen und Kollegen des Bezirkstages,

Ist Trisomie 21 durch einen Unfall gekommen, wurde eine Mutter eines Kindes mit Downsyndrom gefragt, als sie wegen des Ablehnungsbescheides auf Individualbegleitung in den Inklusionskindergarten nachhakte. Wann geht das wieder weg?

Wir als Ausschussgemeinschaft wollen in diesem Jahr die Betroffenen zu Wort kommen lassen – also diejenigen, von denen behauptet wird, dass der Bezirk sie außerordentlich gut mit den Leistungen „versorge“, die ihnen zustehen.

Was von Seiten der Politik als ausschließlicher Verwaltungsakt angekündigt wurde, macht mich zum Spielball der Institutionen. Der Bezirk Oberbayern hat mir im August 2020 die Abrechnungsunterlagen zurückgeschickt, weil täglich eine Minute zu viel abgerechnet wurde. Im gleichen Schreiben teilte der Bezirk mit, dass für August die Auszahlung ausgesetzt wird, obwohl ein vorliegender Gerichtsbeschluss, im Übrigen der zweite innerhalb eines Jahres, welcher den Bezirk zur Zahlung von 24 Std. täglich verpflichtet, den August eindeutig miteinschließt. Jetzt streiten sich die Krankenkasse und der Bezirk wegen der Kosten, die keiner von beiden tragen will. Einstellung der Zahlung bedeutet, dass die Gelder an die Assistenzkräfte nicht ausgezahlt werden können. Kein Geld, kein Personal. Keine Existenz. Es ist also genau das eingetreten, was ich und die anderen Betroffenen beim Zuständigkeitswechsel befürchtet hatten. Wir werden zwischen den Institutionen „zermalmt“ werden.

Ich habe Angst, die Vorgehensweise des Bezirks beim Umgang mit Menschen mit Behinderung zu kritisieren, da ich deswegen bereits sehr negative Konsequenzen von seitens des Bezirks erfahren musste.

Ich habe beim Bezirk Oberbayern einen Antrag auf Eingliederungshilfe gestellt, mit allen Unterlagen wie es sich gehört, Behindertenausweis, Einkommensnachweise usw.

Vom Bezirk kam ein Brief, in dem ich gefragt wurde: Warum stellen Sie den Antrag erst jetzt und wie haben Sie Ihr kulturelles und gesellschaftliches Leben davor gelebt? Ich musste mich rechtfertigen. Später habe ich erfahren, dass die Aufklärungspflicht über Eingliederungshilfe beim Bezirk Oberbayern liegt, mir hat er aber niemals eine Information darüber zukommen lassen. Ich habe es über Behinderten-Organisationen erfahren.

Es ärgert mich wahnsinnig, dass eine Person mit Schwerbehinderung und Merkzeichen B oder H (also Begleiter oder hilflos) nicht einfach aufgrund von diesen festgestellten Voraussetzungen Eingliederungshilfe bekommt. Sie muss noch einen Sozialbericht vorlegen. Warum? Was soll das? Was hat das mit der Behinderung zu tun? Aus meiner Sicht ist das ein Stück Bürokratie und eine Hürde, um Hilfe zu verhindern.

Unser Sohn B. (12) leidet an der chronischen Knochenbildungs-Krankheit, infolge der er einen Waden- und Schienbeinbruch beim Spiel im Hof erlitten hat und für drei Monate auf den Rollstuhl angewiesen war. Der Bezirk weigerte sich die Taxikosten zum Schulbesuch als Leistung der Eingliederungshilfe nach SGB IX zu übernehmen. Einem Widerspruch wurde nicht abgeholfen; die Regierung von Oberbayern bestätigte den Bezirk. Die Argumentation vor Gericht war, dass es sich nicht um die Folge einer Behinderung handle und es keinen Zusammenhang zur Krankheit gäbe. Der Bezirk verlor den Prozess und musste die Taxikosten übernehmen. Der Richter widersprach dem Bezirk in folgenden Punkten: „Die beim Kläger aufgrund des Bruchs des Schienbeins aufgetretene Pseudoarthrose ist eine typische Folge des bei ihm bestehenden Behinderungsbildes“; „Die Entstehung der Verletzung mit der Folge einer Pseudoarthrose war auch im konkreten Fall behinderungsbedingt“; „Der daraus entstehende Teilhabebedarf war wesentlich durch Eigenart der Behinderung geprägt“.

Ich bin eine taub-blinde Frau und arbeite auf dem ersten Arbeitsmarkt. Vor drei Jahren beantragte ich Persönliches Budget für 1,5 Stunden Eingliederungshilfe. Ich hatte 7 Seiten auszufüllen und die Leistung wurde nach 8 Monaten durch einen Bescheid gewährt. Obwohl sich nichts an meiner Behinderung veränderte, musste ich bald darauf einen Folgeantrag ausfüllen: diesmal 20 Seiten. Nun

liegt mir erneut ein Schreiben vor, dass ich die Leistung nur erhalte, wenn ich wieder Anträge ausfülle:

Es sind dreimal 40 Seiten; ein Päckchen für die taub-blinden Assistenz, ein Päckchen für den Dolmetscherdienst; ein Päckchen für sonstige Kommunikationsassistenz.

Außerdem kann ich die PDF-Datei gar nicht lesen, weil ich blind bin.

Wie soll ich das anders, denn als Schikane bewerten. Für 1,5 Stunden

Eingliederungshilfe (die, soviel ich weiß, nicht nachweispflichtig ist), soll ich 120 Seiten ausfüllen – Bürokratieabbau beim Bezirk Oberbayern: Fehlanzeige!

Zur Unterstützung der Einsparmöglichkeiten liegen noch Anträge von meiner AG vor.

Wir werden dem Haushalt zustimmen.

Nur wünsche ich allen eine frohe Weihnacht und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Vielen Dank

Beschluss:	1. Für das Haushaltsjahr 2026 wird den Festsetzungen im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 3.147.480.000 € sowie im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 51.327.000 € zugestimmt. 2. Dem Finanzplan 2025 bis 2029 mit dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm wird zugestimmt. 3. Den Festsetzungen im Wirtschaftsplan 2026 des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon mit dem Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2025 bis 2029 wird zugestimmt. 4. Den Festsetzungen im Wirtschaftsplan 2025/2026 der Bezirksgüter Haar, Gambersee und Taufkirchen (Vils) mit dem Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2025 bis 2029 wird zugestimmt. 5. Dem Stellenplan des Bezirks Oberbayern für das Haushaltsjahr 2026 wird zugestimmt. 6. Der Hebesatz der Bezirksumlage wird für das Haushaltsjahr 2026 auf 24,70 v.H. festgesetzt. 7. Die Haushaltssatzung 2026 und der Haushaltsplan mit Anlagen werden beschlossen. angenommen
	Ja 70 Nein 8

TOP 3 Besetzung des Ausschusses für Kultur, Schulen und Museen

Die AG LiVolParTie beantragt die Umbesetzung ihres Sitzes im Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen.

Beschluss:	Der Bezirkstag bestellt Herrn Oliver Skerlec als ordentliches Mitglied, Herrn Prof. Dr. Klaus Weber als 1. Stellvertretung und Frau Dr. Susanne Wittmann als 2. Stellvertretung der AG LiVolParTie im Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen.
	angenommen Ja 74 Nein 1

TOP 4 Anpassung der Entschädigung für den Bezirkstagspräsidenten ab dem 01.05.2026

Vizepräsident Rainer Schneider übernimmt für diesen TOP den Vorsitz aufgrund persönlicher Beteiligung des Bezirkstagspräsidenten. Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger stimmt wegen persönlicher Beteiligung nicht ab.

Die Entschädigung für den Bezirkstagspräsidenten wird nach Wegfall des Ehrenamtes als 1. Bürgermeister ab dem 01.05.2026 entsprechend des Höchstbetrages nach Art. 53 Abs. 3 i.V.m. Anlage 3 festgesetzt.

Nach der Abstimmung übernimmt Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger wieder den Vorsitz.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, die monatliche Entschädigung des Bezirkstagspräsidenten ab dem 01.05.2026 entsprechend des Höchstbetrages nach Art. 53 Abs. 3 Satz 2 i.V.m. Anlage 3 auf 11.218,75 € festzusetzen.
	angenommen Ja 73 Nein 3

TOP 5 Antrag der Ausschussgemeinschaft LiVolParTie vom 19.09.2025: 3. Stellvertretung

Bezirksrat Jochen Nibbe begründet die Antragsstellung. Nach einiger Diskussion und dem Einwurf, dass die Wahl für die ganze Wahlperiode getroffen wurde, wird zur Abstimmung übergegangen. Die weitere stellvertretende Bezirkstagspräsidentin Friederike Steinberger stimmt wegen persönlicher Beteiligung nicht ab.

Beschluss:	Der Bezirkstag stimmt über den Antrag ab.
	abgelehnt Ja 6 Nein 70

TOP 6 Antrag 13 der Ausschussgemeinschaft LiVolParTie vom 20.09.2025: Rechenschaftslegung

Bezirksrat Oliver Skerlec legt den Antrag der LiVolParTie dar.
Die Verwaltung erläutert die Hintergründe zur Wahl der stellvertretenden Bezirkstagspräsidenten und zum Beschluss zur weiteren Stellvertretung sowie zu deren Entschädigung und Rechenschaftspflicht.

Der Bezirkstag berät über den Antrag 13 der Ausschussgemeinschaft LiVolParTie vom 20.09.2025.

Beschluss:	Der Bezirkstag stimmt über den Antrag ab.
	abgelehnt Ja 7 Nein 66

**TOP 7 Antrag 15 der Ausschussgemeinschaft LiVolParTie vom 28.09.2025:
Entschädigungssatzung**

Die Verwaltung erläutert die Anpassung der Entschädigungssatzung zum 01.01.2026.
Der Bezirkstag berät über den Antrag 15 der Ausschussgemeinschaft LiVolParTie vom 28.09.2025 zur Änderung der Entschädigungssatzung.

Beschluss:	Über den Antrag wird abgestimmt.
	abgelehnt Ja 11 Nein 64

**TOP 8 Antrag der Ausschussgemeinschaft ÖDP/Bayernpartei/ dieBasis -
"Arbeitsgemeinschaft präventive Maßnahmen und deren Einrichtun-
gen"**

Der Bezirkstag behandelt den Antrag der Ausschussgemeinschaft ÖDP/Bayernpartei/dieBasis vom 17.09.2025.

Der Änderungsantrag der AfD vom 21.11.2025 wurde in diesen TOP mit aufgenommen.

Über den Antrag der AG ÖDP/Bayernpartei/dieBasis und den Antrag der AfD wird auf Antrag je-
weils getrennt abgestimmt.

Die Bezirksräte Christian Demmel und Alois Federl fotografieren das Abstimmungsergebnis ab.

Bezirksrat Simon Schindlmayer weist darauf hin, dass das Abfotografieren der Abstimmung lt. Ge-
schäftsordnung nicht gestattet ist.

Beschluss:	Der Bezirkstag stimmt über den Antrag der Ausschussgemeinschaft ÖDP, Bay- ernpartei, die Basis vom 17.09.2025 ab.
	abgelehnt Ja 20 Nein 54
	Der Bezirkstag stimmt über den Änderungsantrag der AfD vom 21.11.2025 ab.
	abgelehnt Ja 11 Nein 63

**TOP 9 Museumsforum Dachau und Zweckverband Dachauer Galerien und
Museen: Nicht-Weiterverfolgung des Museumskonzepts und Austritt
aus dem Zweckverband**

Der Bezirk Oberbayern sieht aufgrund der Haushaltslage die Schwierigkeit, das geplante Projekt Museumsforum Dachau nicht realisieren können.

Der Bezirk plant deshalb, das Konzept für ein Museumsforum Dachau nicht mehr weiterzuverfolgen und den Austritt aus dem für das Projekt zuständigen Zweckverband Dachauer Galerien und Museen zum 31.12.2026 auszutreten.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, den Bezirkstagspräsidenten sowie die weiteren Vertreterinnen und Vertretern des Bezirks Oberbayern in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Dachauer Galerien und Museen anzuweisen, der Nicht-Weiterverfolgung des Konzeptes für ein Museumsforum Dachau zuzustimmen. Der Bezirkstag beschließt, den Bezirkstagspräsidenten zu ermächtigen, einen Antrag auf Austritt des Bezirks Oberbayern aus dem Zweckverband Dachauer Galerien und Museen zum 31.12.2026 nach § 17 (1) der Verbandssatzung zu stellen. Die Verbandsrätinnen und -räte werden angewiesen, diesem Antrag in der Verbandsversammlung zuzustimmen.
	angenommen Ja 72 Nein 1

TOP 10 Johann-Nepomuk-von-Kurz-Zentrum Ingolstadt - Änderung der Satzung für die heilpädagogische Tagesstätte

Die Satzung für die heilpädagogische Tagesstätte im Johann-Nepomuk-von-Kurz-Zentrum Ingolstadt wird aktualisiert. Es besteht Änderungsbedarf, weil darin enthaltene gesetzliche Regelungen mittlerweile überholt sind und zwischenzeitlich ein übergreifender Leitname festgelegt wurde.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, die Satzung für die heilpädagogische Tagesstätte des Bezirks Oberbayern im Johann-Nepomuk-von-Kurz-Zentrum Ingolstadt entsprechend dem Verwaltungsvorschlag zu aktualisieren.
	angenommen Ja 72 Nein 1

TOP 11 Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen, Geschäftsjahr 2024

Der Bezirkstag befasst sich mit dem Beteiligungsbericht der klinischen Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2024.

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt den „Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen“ des Geschäftsjahres 2024 zur Kenntnis.
	zur Kenntnis genommen

TOP 12 Bericht über den Inklusionsbeirat des Bezirks Oberbayern

Die Vorsitzenden des Inklusionsbeirats berichten über dessen Tätigkeiten. Bezirksrätin Dr. Frauke Schwaiblmaier erläutert anhand ihrer Powerpoint-Präsentation. Bezirksrätin Gisela Kriegl berichtet aus den Sitzungen des vergangenen Jahres.

Beschluss:	Der Bezirkstag von Oberbayern nimmt den Bericht über die Tätigkeiten des Inklusionsbeirats zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	--

TOP 13 Vorstellung des Kurzkonzepts "Initiative für Arbeit"

Das Kurzkonzept „Initiative für Arbeit“ wird mittels einer PowerPoint Präsentation von Frau Dr. Nieder vorgestellt. Sie geht auf gestellte Fragen ein. Bezirksrätin Martina Neubauer wünscht sich im SozGa einen Zwischenbericht, wie das Projekt läuft.

Beschluss:	Das Kurzkonzept „Initiative für Arbeit“ wird zur Kenntnis genommen. zur Kenntnis genommen
-------------------	---

TOP 14 Vorstellung des Umsetzungsberichts zum Aktionsplan des Bezirks Oberbayern

Frau Dr. Nieder stellt den Umsetzungsbericht zum Aktionsplan des Bezirks Oberbayern vor.

Beschluss:	Der Umsetzungsbericht zum Aktionsplan des Bezirks Oberbayern wird zur Kenntnis genommen. zur Kenntnis genommen
-------------------	--

TOP 15 Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger weist die Bezirksräte Demmel und Federl darauf hin, dass die Fotos der Abstimmungsergebnisse zu löschen sind.

Vizepräsident Rainer Schneider bedankt sich im Namen des ganzen Gremiums und Präsidiums bei BTP Thomas Schwarzenberger für die offene Zusammenarbeit, ebenso bei der Verwaltung für die ausführlichen Erläuterungen zu den Sitzungsvorlagen.

Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger bedankt sich bei allen für die Mitarbeit. Er wünscht allen in der sitzungsfreien Zeit viel Ruhe und Zeit für sich und die Familie.

Beschluss:	kein Beschluss gefasst
-------------------	-------------------------------

Um 12:51 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger die öffentliche Sitzung.

Thomas Schwarzenberger

Karin Heilbrunner

Bezirkstagspräsident

Protokollführung